

«Zämme besser»-Initiativen

Rot-Grün verunmöglicht verkehrspolitischen Kompromiss

Der Grosse Rat stellt der Initiative «Zämme fahre mir besser!» einen Pseudo-Gegenvorschlag gegenüber, der faktisch ein weitreichendes Verbot des Privatbesitzes von Motorfahrzeugen zum Ziel hat. Ein austarierter Kompromissvorschlag, welcher sowohl die umwelt- und klimapolitischen Ziele des Regierungsrats als auch die verkehrspolitischen Anliegen der Initiative berücksichtigt hätte, wurde zurückgewiesen. Nun hat das Stimmvolk das letzte Wort.

Der Grosse Rat hat an seiner Sепtembersitzung beschlossen, die beiden Initiativen «Zämme fahre mir besser!» sowie «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» zur Ablehnung zu empfehlen. Zudem hat er zur ersten Initiative einen Pseudo-Gegenvorschlag beschlossen, mit welchem das rein ideologisch motivierte Gegeneinander-Ausspielen der verschiedenen Verkehrsarten weiter verschärft werden soll. Nach dem Mehrheitswillen des Grossen Rates sollen somit Verbote des Privateigentums von motorisierten Fahrzeugen und letztlich ein MIV-freies Basel angestrebt werden.

Weitreichender Kompromissvorschlag abgelehnt

Im Sinne eines echten Kompromisses hatten die Parteien CVP, FDP, LDP und SVP sowie der Gewerbeverband Basel-Stadt zuvor einen gemeinsamen Vor-



schlag ausgearbeitet, mit welchem sowohl die umwelt- und klimapolitischen Ziele des Regierungsrates Basel-Stadt als auch die wichtigsten verkehrspolitischen Anliegen der Initiative berücksichtigt worden wären. Der Verkehr sollte bis 2050 zu mindestens 90 Prozent auf emissionsfreie Antriebe umgestellt werden. Im Gegenzug hätte das verkehrspolitische Anliegen der Initiative aufgenommen werden sollen, wonach inskünftig auf das ideologisch motivierte Gegeneinander-Ausspielen der Verkehrsträger verzichtet wird und es keine grundsätzliche Bevorzugung einzelner Verkehrsträger mehr gibt. Davon nicht betroffen wäre der in der Kantonsverfassung festgeschriebene



Vorrang des Öffentlichen Verkehrs. Der Gewerbeverband Basel-Stadt sowie die bürgerlichen Parteien wären zu substantziellen Zugeständnissen bereit gewesen. Mit dem Entscheid der Parlamentsmehrheit wird jedoch klar, dass Rot-Grün nicht an einem verkehrspolitischen Kompromiss interessiert ist, sondern vielmehr die heutige MIV-feindliche Verkehrspolitik weiterführen und intensivieren will.

Gemeinsam für ein Ja zu den «Zämme besser»-Initiativen

Nun wird die Bevölkerung – voraussichtlich am 9. Februar 2020 – über die «Zämme besser»-Initiativen und den Pseudo-Gegenvorschlag befinden. Die Basler Stimmbevölkerung hat in den

letzten Jahren mehrfach bestätigt, dass sie rein ideologisch motivierte Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs nicht goutiert (zum Beispiel beim Nein zur VCS-Strasseninitiative und zum Gegenvorschlag). Der Gewerbeverband Basel-Stadt, die bürgerlichen Parteien CVP, FDP, LDP und SVP sowie viele weitere unterstützende Organisationen und Persönlichkeiten werden sich weiterhin für eine Verkehrspolitik des Ausgleichs engagieren – und somit für ein doppeltes Ja zu den «Zämme besser»-Initiativen sowie eine Ablehnung des rot-grünen Pseudo-Gegenvorschlags.

Weitere Informationen:
www.zaemme-besser.ch

Kommentar

GEWERBEPRÄSIDENT MARCEL SCHWEIZER

Die Widersprüche der «Zämme besser»-Gegner

Eine knappe Mehrheit des Grossen Rats empfiehlt unsere beiden Verkehrsinitiativen, die von einer breiten Allianz von Parteien und Organisationen getragen werden, dem Stimmvolk zur Ablehnung. Bei der Initiative «Zämme fahre mir besser!» haben die rot-grünen Fraktionen sogar einen Gegenvorschlag beschlossen, der komplett in die andere Richtung geht.

Statt «Zämme besser» soll im Verkehr also weiter das Prinzip der Konfrontation verfolgt und sogar noch deutlich verstärkt werden. Rot-Grün verhindert damit eine zukunftsgerichtete Mobilitätsstrategie, welche die Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung, der Wirtschaft und aller Verkehrsträger berücksichtigt.

Aufgefallen ist mir auch die Widersprüchlichkeit, welche die Gegner der Initiative an den Tag legen. So forderte Regierungsrat Hans-Peter Wessels, dass in Zukunft möglichst viele Parkplätze auf privatem Grund und nicht auf der Allmend

stehen sollen. Ich frage mich, warum sich die Basler Regierung sowie SP und Grünes Bündnis 2010 denn gegen die Initiative «Parkieren auf privatem Grund» des Gewerbeverbandes Basel-Stadt ausgesprochen haben. Diese wollte eben gerade das Erstellen von Parkraum auf Privatgrund ein Stück weit liberalisieren, um die Wohnquartiere zu entlasten.

Auch fordern Exponenten von SP und Grünem Bündnis unterirdische Quartierparkings. Schön und gut. Wenn dann aber ein konkretes Projekt vorliegt, wie beispielsweise beim Landhof, laufen eben diese politischen Kräfte dagegen Sturm und verhindern diese. Wie geht das zusammen?

Widersprüchlich ist auch der Umgang mit umweltfreundlichen Antriebssystemen. Spätestens seit dem Juli 2008 könnten die Einwohner dieses Kantons CO₂-neutral und 100 Prozent erneuerbar unterwegs sein. Mit Biogas, das in Pratteln aus Grünabfällen gewonnen wird. Die damaligen Käufer von Biogasfahrzeugen haben

jedoch die Rechnung ohne die Basler Regierung gemacht. Denn bereits ab dem Jahr 2014 wurden diese Biogasfahrzeuge in Basel-Stadt mit einem Ökosteuer-Malus «be-lohnt».

Die Widersprüche zeigen: Es geht nicht um Lösungen im Sinne der Quartierbevölkerung, des Gewerbes oder des Umweltschutzes. Viel mehr führen die Gegner der «Zämme besser»-Initiativen einen ideologischen Kampf gegen das Auto und den motorisierten Individualverkehr. Am 9. Februar hat die Stimmbevölkerung in Basel, Riehen und Bettingen die Chance, für eine Politik des Miteinanders im Verkehr und echte Lösungen zu stimmen. Mit 2x Ja zu den «Zämme besser»-Initiativen und einem wichtigen Nein zum Pseudo-Gegenvorschlag.



Mehr Power für Unternehmen.

Forum «Wachstum»
29.10.2019
Jetzt anmelden

Wir unterstützen Unternehmen mit voller Kraft auf ihrem Weg zum Erfolg. Deshalb vertraut uns Cédric Christmann, Geschäftsführer von Primeo Energie. Lassen auch Sie sich beraten.

www.bkb.ch/unternehmen



Basler
Kantonalbank